

Wärmedämmung: Bis zum Verschimmeln!

Was Politiker nicht schert

Nicht anders zu beurteilen sind die staatlichen Zwangsmaßnahmen zur Wärmedämmung, um, wenn es kalt ist, weniger heizen zu müssen. Diese Maßnahmen gelten gerade auch für private Häuser. Ich aber will nicht dämmen, jedenfalls nicht dämmen müssen. Und wenn mir das Heizen zu teuer wird, dann heize ich weniger und ziehe mich wärmer an. Oder ich dämme schließlich doch. Aber freiwillig. Ob ich mir zu teures Heizen leiste, ist mein Privatvergnügen. Auch Dämmen soll mein Privatvergnügen sein. Und bleiben. Ob ich entweder teuer heize oder aber heizkostensparend dämme, geht keinen etwas an. Schon gar nicht den Staat und seine Politiker. Das schert die aber nicht. Eigenständigkeit der Bürger, Selbstverantwortung, Subsidiarität, Bürgerwille? Nicht gewollt. Wo kämen wir mit so etwas hin! Die Regulierungssüchtigen in der Politik sollen gefälligst danach handeln, was einst Goethe so formuliert hat: "Welche Regierung die beste sei? Diejenige, die uns lehrt, uns selbst zu regieren."

Staatlicher Dämmbefehl auch für alte Häuser

Neulich las man den freundlichen Hinweis, bis Ende des Jahres müssten alte Häuser besser gedämmt sein und Heizungen weniger Energie verbrauchen. Nun müsse man sich sputen, dann seien neue Regeln zur Energieeffizienz einzuhalten. Diese Nachrüstpflichten gelten für alle Immobilieneigentümer, die ihren Altbau nach dem 1. Februar 2002 übernommen haben, ihn auch selbst bewohnen. Eigentümer, die schon vor dem Stichtag in ihrer Immobilie gewohnt haben, sind allerdings nicht betroffen, außer wenn sie ihren Altbau ohnehin umfassend sanieren oder gänzlich umbauen. Dann müssen sie die Vorgaben ebenfalls umsetzen.

Dämmen bis zum schimmelig werden

Bürger, die rechnen können (und wollen), werden schnell dahinterkommen, wieviele lange Jahre es dauert, bis der Investitionsaufwand für das Dämmen die Höhe der Heizkostensparnis erreicht und sich erst dann amortisiert hat. Und ist das Haus erst luftdicht eingepackt, müssen sie sich Sorgen um das Verschimmeln machen. So richtig zwar die Mahnung ist, regelmäßig ausgiebig zu lüften, um das Haus vor Schimmelbildung zu bewahren, so wahrscheinlich ist aber auch, dass dies mit der Zeit vernachlässigt oder ganz vergessen wird. Doch selbst dann, wenn stets brav gelüftet wird, drohen Feuchtigkeit und Schimmel, so an heißen Tagen im Sommer mit hoher Luftfeuchtigkeit. Dann dringt diese beim Lüften von außen ein, schlägt sich an den Wänden nieder und begünstigt, dass sich Schimmel bildet. Ein höheres Risiko der Bewohner für Asthma, Allergien und höhere Infektanfälligkeit sind die Folge.

Der scheinbar harmlose Beginn

Gesetzlich fixiert sind die Zwangsmaßnahmen in der Energiesparverordnung (EnEV) von 2009. Die ist, wie bei Regulierern üblich, ein Ungetüm – im Umfang, in der Detail-Dichte, auch sprachlich. Begonnen hatte es scheinbar harmlos und sinnfällig: Die EnEV löste zwei bestehende Verordnungen ab, die Wärmeschutzverordnung und die Heizungsanlagenverordnung. Am 1. Februar 2002 trat sie in Kraft. Schon 2004 kam ihre zweite Fassung, denn die EG-Richtlinie vom Dezember 2002 über die Gesamtenergie-Effizienz von Gebäuden war in nationales Recht umzusetzen. Die bisher letzte Änderung ist seit dem 1. Oktober 2009 in Kraft und heißt abgekürzt EnEV 2009. Das erklärte Ziel ist, den Bedarf an Energie, Heizung und Warmwasser um rund 30 Prozent zu senken. Für 2012 ist eine weitere Senkung von 30 Prozent beschlossen. Bis 2050 soll der CO₂-Ausstoß von Wohnhäusern um 80 Prozent gedrückt, dafür also soll schon jetzt teuer gedämmt werden – teuer nicht nur für die Hauseigentümer, sondern auch für Mieter, weil die Kosten auf die Miete umgelegt werden.

Teuer dämmen wegen eines Riesenschwindels

Hinter allem dem steckt der Wahn, die Emissionen von CO₂ zu begrenzen. So nämlich will die herrschende Klasse „das Klima schützen“, weil CO₂ doch ein so schädliches „Treibhausgas“ sei, das die Erde erwärme. Jedenfalls lautet so die Begründung für die Bevölkerung, damit diese sich vorerst nicht auflehnt. Daher heißt das, was die Bundesregierung bei ihrer Klausurtagung in Meseberg am 23. August 2007 beschlossen hat, auch Integriertes Energie- und Klimaprogramm (Meseberger Beschlüsse). Mit ihm werden die EU-Richtungsentscheidungen vom Frühjahr 2007 in Sache Klimaschutz, Ausbau der „erneuerbaren Energien“ und Energieeffizienz in ein deutsches Maßnahmenpaket gegossen – völlig unbeeindruckt davon, dass die Behauptung, anthropogenes CO₂ wirke wie ein Treibhaus und erwärme die Erde, längst als Riesenschwindel widerlegt ist. Dem Mitbegründer von Greenpeace, Paul Watson wird die Äußerung zugeschrieben: „Es spielt überhaupt keine Rolle, was die Wahrheit ist, wichtig ist nur, was die Leute glauben, dass es wahr ist.“ Und Goethe hat einmal gesagt: „Wer die Menschen betrügen will, muss vor allen Dingen das Absurde plausibel machen.“

Die Profiteure des CO₂-Wahns machen mit ...

In Wirklichkeit handelt es sich um ein verkapptes staatlich inszeniertes Konjunkturprogramm – bestenfalls, denn nach anderer Lesart sogar um ein Weltverbesserungs- oder Weltbeherrschungsprogramm. Profiteure sind unter anderem die Hersteller von Windkraft- und Photovoltaikanlagen, die Zulieferfirmen in Maschinenbau und Elektrotechnik, die Bauwirtschaft, der Schiffbau mit Spezialschiffen für Windanlagen im Meer. Auch Landwirte verdienen, Dämmstoffhersteller verdienen, Dachdecker verdienen, andere Handwerker ebenfalls. Auch der Export wird durch die staatlich befohlene und subventionierte Technik beflügelt.

... sind aber von der Begründung nicht überzeugt

Der Diplom-Meteorologe Klaus-Eckart Puls schrieb in einer auch mir zugegangenen E-Mail: „Die meisten der Profiteure (ich habe mit einigen gesprochen) sind weder von der Effektivität und Wirtschaftlichkeit noch von der Begründung (CO2-Vermeidung, Welt-Klima-Rettung) überzeugt; sehr wohl aber sind sie der Ansicht, dass sich damit gut und schnell Geld verdienen lässt. Steuer-Mittel, d.h. Subventionen, sprudeln derzeit wie neue Öl-Quellen!! Der ‚Dumme‘ – will meinen: der Zahler und der Benachteiligte – ist der unmündige, ideologisch verbrämte, häufig (leider!!) auch uninteressierte und somit insgesamt meist schlecht bis gar nicht über die Hintergründe informierte Steuerzahler/Bürger.“

Unterschlagen wird, was an Nutzen entgeht

Amtlich vorgeschwärmt wird nur vom Nutzen dieses Konjunkturprogramms, unterschlagen oder verharmlost wird, was es wirklich kostet. Zu diesen Kosten gehören auch jene, die man nicht sieht. Die bestehen darin, was der Volkswirtschaft und den Menschen an Nutzen entgeht, wenn sie die ihnen abgezwungenen Milliarden und Abermilliarden für andere Zwecke verwenden würden, auf jeweils individuelle Weise, nicht auf zentralverwaltungswirtschaftlichen Befehl. Wie der einzelne Mensch sein Geld ausgibt, ist gesamtwirtschaftlich sinnvoller, als wenn der Staat, als wenn machtbesessene Politiker alle Menschen zum Geldausgeben dafür zwingen, was allein sie für richtig halten.

Mit dem Vorwand des (an sich sinnvollen) Umweltschutzes wird uns schon viel Unnötiges aufgezwungen und noch mehr aufgezwungen werden. Mit dem Vorwand Klimaschutz hat es schlimmste Ausmaße angenommen. Und stets wird eine Minderheit daran verdienen und die Mehrheit dies finanzieren müssen und damit belastet werden. Warum nimmt die Mehrheit das hin? Eine Begründung liefert Schiller: „Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen.“

Dr. Klaus Peter Krause

zuerst erschienen bei [eigentlich frei](#)